



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 5. MÄRZ 2025

Strategische Weichenstellungen für Ungarn: Orbáns Rede zur Lage der Nation 2025

In seiner jährlichen Rede zur Lage der Nation am 22. Februar 2025 skizzierte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die zentralen innen- und außenpolitischen Leitlinien seiner Regierung und rief dazu auf, das Jahr 2025 zu einem „Jahr des Durchbruchs“ zu machen. Er betonte die strategische Neuausrichtung Ungarns in einem geopolitischen Kontext, der von zunehmenden Spannungen mit der EU, der Ukraine und transnationalen Akteuren geprägt sei, während er gleichzeitig die wachsende Allianz konservativer Kräfte, insbesondere mit der neuen US-Administration unter Donald Trump, als Chance für Ungarn hervorhob.

Orbán stellte die Erfolge seiner Regierung heraus und betonte, dass Ungarn trotz internationaler Herausforderungen wirtschaftlich und politisch stabil geblieben sei. Er sah die politische Wende in den USA als günstige Gelegenheit, die bestehende geopolitische Ordnung zugunsten eines nationalstaatlich orientierten Europas umzugestalten. Besonders in der Auseinandersetzung mit der Europäischen Union markierte er klare Grenzen und kündigte an, dass Ungarn in fünf zentralen Bereichen – Migration, Kinderschutz, Rentensystem, Energiepreise und Ukraine-Politik – Widerstand gegen die Brüsseler Vorgaben leisten werde. Er bekräftigte die ungarische Ablehnung des EU-Migrationspakts und stellte klar, dass sein Land alle verfügbaren rechtlichen und politischen Mittel nutzen werde, um eine verpflichtende Umverteilung von Migranten zu verhindern.

Ein zentrales Element seiner Rede war die wirtschaftspolitische Schwerpunktsetzung. Orbán kündigte ein Programm zur Errichtung von 100 neuen Fabriken an, um Arbeitsplätze zu sichern, und stellte eine umfassende Steuerreform vor, die eine Verdoppelung der steuerlichen Entlastungen für Familien vorsieht. Zudem sollen neue Wohnraumförderprogramme mit subventionierten Immobilienkrediten und Mietunterstützungen eingeführt werden, um insbesondere jungen Familien den Erwerb von Wohneigentum zu erleichtern. Zur Bekämpfung der Lebensmittelpreisinflation kündigte er Preisregulierungen sowie staatliche Eingriffe in den Einzelhandel an, um überhöhte Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln zu verhindern. Auch in der Familienpolitik kündigte Orbán umfassende Neuerungen an. Die bedeutendste Maßnahme ist eine Ausweitung der lebenslangen Einkommenssteuerbefreiung für Mütter von zwei oder mehr Kindern. Diese Regelung galt bisher nur für Mütter von vier oder mehr Kindern.

In außenpolitischer Hinsicht unterstrich Orbán die ungarische Position zur Ukraine-Frage und stellte sich klar gegen eine NATO-Erweiterung um die Ukraine. Er argumentierte, dass die Ukraine langfristig eine Pufferzone zwischen der NATO und Russland bilden werde und äußerte Zweifel daran, ob eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine mit den wirtschaftlichen Interessen Ungarns vereinbar sei. Er stellte klar, dass Ungarn einem Beitritt der Ukraine nicht zustimmen werde, solange dieser die ungarische Landwirtschaft und Wirtschaft gefährde.

Neben wirtschafts- und geopolitischen Fragen betonte Orbán auch die Bedeutung der inneren Sicherheit und kündigte eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Drogenhandel sowie eine

Verschärfung der Strafverfolgung an. Zudem soll das Bargeldrecht verfassungsrechtlich verankert werden, um die Unabhängigkeit der Bürger von Banken und digitalen Zahlungssystemen zu sichern.

Ungarns Perspektive auf das bevorstehende russisch-amerikanische Abkommen als Grundpfeiler globaler Sicherheit

Der Minister für Außenwirtschaft und auswärtige Angelegenheiten, Péter Szijjártó, betonte auf der UN-Abrüstungskonferenz in Genf die entscheidende Bedeutung der laufenden Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Russland für die Wiederherstellung der europäischen Sicherheitsarchitektur und die künftige globale Stabilität. Er äußerte die Hoffnung, dass das erwartete Abkommen nicht nur zur Beendigung des Ukraine-Krieges beitragen werde, sondern auch langfristig als Fundament einer neuen geopolitischen Ordnung dienen könne.

Ungarn, das sich seit Beginn des Krieges konsequent als Fürsprecher des Friedens positioniert hat, unterstreicht die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels in der internationalen Krisenbewältigung. Laut Szijjártó hätten Waffenlieferungen und Sanktionen nicht zur Deeskalation beigetragen, sondern vielmehr das Risiko eines neuen Kalten Krieges erhöht. Ungarn habe sich als einziger EU-Mitgliedstaat geweigert, Waffen zu liefern und stattdessen mit der Aufnahme von 1,4 Millionen Flüchtlingen und umfassenden Lieferungen von Hilfsgütern die größte humanitäre Aktion seiner Geschichte durchgeführt. Auch die Offenhaltung diplomatischer Kanäle zu Russland sei ein wesentlicher Bestandteil dieser Strategie gewesen.

Der Minister verwies zudem auf die zunehmende Gefahr einer direkten Konfrontation zwischen der NATO und Russland, insbesondere durch nukleare Drohkulissen und die Debatte über Truppenentsendungen. Vor diesem Hintergrund bezeichnete er die amerikanisch-russischen Gespräche als notwendige Grundlage für den Frieden in Europa und als Chance, das von Ungarn stets vertretene Konzept eines Verhandlungsfriedens umzusetzen.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt die geopolitische Wende in den USA nach der Wahl eines „friedenswilligen Präsidenten“, die den Weg für eine Normalisierung der amerikanisch-russischen Beziehungen geebnet habe. Szijjártó hob in diesem Zusammenhang hervor, dass die Rückkehr zu gegenseitigem Respekt in der internationalen Politik auch das Ende einer Ära politischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten bedeuten könnte.

Darüber hinaus wurde die Bedeutung der internationalen Rüstungskontrolle thematisiert. Die Erosion des Vertrauens in den letzten Jahren habe zu einer Ausweitung von Massenvernichtungswaffen und einem Rückgang der Abrüstungsbemühungen geführt. Ein verbessertes Verhältnis zwischen den USA und Russland könne hier eine Trendwende einleiten und Fortschritte in der Nichtverbreitungspolitik ermöglichen. Ungarn bekräftigte seine Unterstützung für den Atomwaffensperrvertrag (NVV) sowie für das Inkrafttreten des umfassenden Teststoppvertrags und des Vertrags über das Verbot der Produktion von spaltbarem Material für militärische Zwecke.

Szijjártó schloss mit dem Appell, dass der gegenwärtige Moment genutzt werden müsse, um nachhaltige diplomatische Lösungen zu etablieren. Er warnte jedoch zugleich vor geopolitischen Akteuren, die ein Friedensabkommen zu torpedieren versuchten und rief dazu

auf, das entstehende russisch-amerikanische Abkommen als Chance für eine neue Ära der globalen Stabilität zu begreifen.

Alice Weidel zu Besuch in Budapest

Am 12. Februar 2025 empfing der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán die Vorsitzende der Alternative für Deutschland (AfD), Alice Weidel, in Budapest zu einem bilateralen Austausch über zentrale europapolitische Herausforderungen. Das Treffen, das insbesondere migrations-, energie- und wirtschaftspolitische Fragestellungen adressierte, signalisiert eine potenzielle Neujustierung der politischen Beziehungen zwischen konservativen Kräften in Deutschland und Ungarn. Während die AfD bislang in Deutschland weitgehend isoliert war, markiert die Begegnung mit Orbán eine diplomatische Aufwertung und unterstreicht die Möglichkeit einer verstärkten Zusammenarbeit konservativer Parteien auf europäischer Ebene.

Ein zentrales Thema des Gesprächs war die europäische Migrationskrise, die sowohl von der ungarischen Regierung als auch von der AfD als sicherheitspolitische Bedrohung für die nationale Souveränität betrachtet wird. Orbán bekräftigte, dass Ungarn weiterhin jegliche Versuche der Europäischen Union, eine verpflichtende Umverteilung von Migranten durchzusetzen, strikt ablehnen werde. Weidel wiederum kritisierte die deutsche Migrationspolitik der vergangenen Jahre als gescheitert und wies auf die negativen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen hin. Beide Politiker betonten die Notwendigkeit einer strikteren Grenzschutzpolitik und einer verstärkten nationalstaatlichen Kontrolle über Migrationsströme.

Neben der Migrationspolitik standen wirtschaftspolitische Fragen im Fokus. Orbán unterstrich, dass die enge wirtschaftliche Verflechtung zwischen Deutschland und Ungarn ein stabiler Faktor in den bilateralen Beziehungen sei. Eine wirtschaftlich starke Bundesrepublik liege auch im Interesse Ungarns, da zahlreiche deutsche Unternehmen Produktionsstandorte in Ungarn unterhalten. Weidel äußerte scharfe Kritik an der wirtschafts- und energiepolitischen Ausrichtung der aktuellen deutschen Regierung und sprach von einer strukturellen Schwächung der deutschen Wirtschaft. Sie plädierte für eine Deregulierung, Steuersenkungen sowie eine Abkehr von der energiepolitischen Transformation hin zu einer stärkeren Nutzung konventioneller Energieträger, insbesondere der Kernkraft. In diesem Kontext hob sie hervor, dass die AfD eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftspolitik nach ungarischem Vorbild anstrebe.

Die europapolitische Dimension des Treffens manifestierte sich insbesondere in Weidels Forderung nach einer grundlegenden Reform der Europäischen Union. Sie kritisierte die zunehmende Zentralisierung innerhalb der EU und forderte eine Rückkehr zu einem intergouvernementalen Modell, in dem die Souveränität der Mitgliedstaaten Vorrang vor supranationalen Entscheidungsstrukturen habe. Orbán zeigte sich offen für diese Überlegungen, betonte jedoch, dass ein solcher Prozess nur schrittweise und mit der Unterstützung weiterer konservativer Regierungen in Europa realisierbar sei. Die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten wurde von beiden Seiten als Chance für eine Neuausrichtung der transatlantischen Beziehungen betrachtet, die es Europa ermögliche, eine eigenständigere außen- und sicherheitspolitische Strategie zu entwickeln.

Das Treffen besitzt eine hohe symbolische Bedeutung, da die AfD in Deutschland bislang einer politischen Isolation unterlag und von den etablierten Parteien ausgeschlossen wurde. Orbán machte deutlich, dass Ungarn keine „Brandmauer-Politik“ kenne und politische Akteure, die demokratische Legitimität durch Wählerstimmen erlangt haben, ernst nehmen. Dennoch betonte er, dass eine direkte Einbindung der AfD in die von ihm angestrebte Allianz „Patrioten für Europa“ derzeit nicht absehbar sei.

Péter Magyars politische Neuausrichtung: Die Tisza-Partei als oppositionelle Alternative in Ungarn

Péter Magyar, Vorsitzender der Tisza-Partei und aussichtsreichster Herausforderer Viktor Orbáns bei den Parlamentswahlen 2026, präsentierte in seiner ersten Rede zur Lage der Nation ein umfassendes Reformprogramm, das eine strukturelle Neuausrichtung Ungarns hin zu einer stärkeren europäischen Integration und einer innenpolitischen Erneuerung vorsieht. Unter dem Leitmotiv „*Zurück nach Europa*“ kritisierte er die Regierungspartei Fidesz scharf und stellte seine Partei als politische Alternative dar, die Rechtsstaatlichkeit, wirtschaftliche Stabilität und soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt.

Magyar attackierte die Orbán-Regierung insbesondere hinsichtlich ihrer Finanz- und Sozialpolitik. Er warf ihr vor, das Land in eine wachsende Verschuldung zu treiben, eine Privatisierung des Gesundheitswesens vorzubereiten und das Renteneintrittsalter anheben zu wollen. Die Tisza-Partei wolle dagegen eine transparente Haushaltsführung etablieren, soziale Sicherungssysteme stärken und den Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen verbessern. Ein zentraler Bestandteil seines Programms ist die Bekämpfung von Korruption durch die Wiedereinführung einer unabhängigen Justiz, eine systematische Überprüfung der Vermögensverhältnisse führender Politiker sowie den Beitritt Ungarns zur Europäischen Staatsanwaltschaft. Zudem kündigte er Steuerreformen an, darunter eine Vermögenszuwachssteuer für Großvermögen sowie steuerliche Erleichterungen für Kleinunternehmen und Familienbetriebe.

In der Außen- und Europapolitik positionierte sich Magyar klar für eine stärkere Integration in die EU. Er betonte die Notwendigkeit, europäische Fördermittel gezielt zur Förderung von KMU und regionaler Entwicklung zu nutzen. Gleichzeitig unterstrich er, dass Ungarn seine Eigenständigkeit bewahren müsse, jedoch nur innerhalb eines reformierten Europas langfristig wirtschaftlich erfolgreich sein könne. In der Migrationspolitik bekannte sich Magyar zur Sicherung der ungarischen Außengrenzen, lehnte jedoch eine polarisierende Rhetorik ab und forderte pragmatische Lösungen zur Steuerung legaler Zuwanderung.

Die Reaktion der Fidesz-Regierung auf Magyars Rede fiel erwartungsgemäß scharf aus. Regierungsnahe Stimmen bezeichneten ihn als „Brüsseler Marionette“ und warfen ihm vor, keine eigenständige politische Agenda zu verfolgen, sondern sich an den Vorgaben der Europäischen Volkspartei zu orientieren. Dabei wurde insbesondere seine Nähe zu EVP-Fraktionschef Manfred Weber kritisiert, der als zentraler Gegenspieler Viktor Orbáns in Brüssel gilt. Fidesz sieht in der Tisza-Partei eine fremdgesteuerte Bewegung, die Ungarns Souveränität untergraben wolle.

Magyars Rede markiert eine neue Phase in der ungarischen Oppositionspolitik. Mit einem dezidierten Reformprogramm und einer proeuropäischen Agenda positioniert sich die Tisza-

Partei als ernsthafte Alternative zur langjährigen Fidesz-Herrschaft. Die kommenden Monate werden zeigen, ob sie in der Lage sein wird, breite gesellschaftliche Unterstützung zu mobilisieren und sich als politische Kraft mit realistischen Regierungsambitionen zu etablieren.

Politische Neuausrichtung in Deutschland und deren Auswirkungen auf die bilateralen Beziehungen zu Ungarn

Die Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 markiert einen bedeutenden Wendepunkt in der deutschen Politiklandschaft mit weitreichenden Implikationen für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn. Der Wahlsieg der CDU/CSU sowie das historische Erstarken der AfD als zweitstärkste Kraft deuten auf eine umfassende politische Kurskorrektur hin, die insbesondere in den Bereichen Wirtschafts-, Migrations- und Gesellschaftspolitik zu einer Abkehr von der bisherigen linksliberalen Regierungslinie führt.

Ein zentraler Aspekt dieser Neuausrichtung ist das Ausscheiden der Grünen aus der Regierung, das als Bruch mit ideologisch motivierten progressiven Agenden gewertet werden kann. Die damit verbundene Abkehr von „woken“ und identitätspolitischen Konzepten sowie der übermäßigen Regulierung in der Wirtschafts- und Energiepolitik könnte zu einer pragmatischeren, wachstumsorientierten politischen Strategie führen. Insbesondere im Bereich der Wirtschaftspolitik gibt es deutliche Parallelen zur ungarischen Regierungslinie: Die CDU/CSU setzt auf Steuererleichterungen, eine Stärkung des Mittelstands und eine Reduktion bürokratischer Hürden – Ansätze, die Ungarn bereits in den vergangenen Jahren erfolgreich umgesetzt hat.

Auch migrationspolitisch zeigen sich signifikante Konvergenzen. Die neue Bundesregierung strebt laut Wahlprogramm an, Asylverfahren an die EU-Außengrenzen zu verlagern und den Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte einzuschränken – Maßnahmen, die stark an die ungarische Migrationspolitik erinnern, die bereits 2015 auf eine strikte Kontrolle der Außengrenzen setzte. In diesem Kontext könnte Deutschland künftig eine restriktivere Haltung innerhalb der EU einnehmen, was langfristig zu einer veränderten Debatte über die europäische Migrationssteuerung führen könnte.

Gesellschaftspolitisch gewinnt das traditionelle Familienbild, das Ungarn als Nukleus der Gesellschaft definiert, mit dem konservativen Wahlausgang in Deutschland an Legitimität. Die ablehnende Haltung gegenüber Genderpolitik und identitätspolitischen Maßnahmen, die sich in der Verabschiedung des ungarischen Kinderschutzgesetzes manifestierte, wird durch den Regierungswechsel in Berlin nun weniger politisch marginalisiert. Dies könnte auch den Diskurs innerhalb der Europäischen Union beeinflussen, da der Rückgang progressiver, linksliberaler Kräfte auf nationaler Ebene eine veränderte Dynamik in den gesellschaftspolitischen Debatten auf EU-Ebene bewirken könnte.

Eine Divergenz zeigt sich hingegen in der Ukraine-Politik. Während Deutschland unter CDU/CSU-Führung weiterhin eine aktivere Rolle in der militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine spielen könnte, hat Ungarn seit Beginn des Konflikts eine pragmatische, diplomatieorientierte Strategie verfolgt. Allerdings wird erwartet, dass der Krieg bereits vor dem Amtsantritt der neuen Regierung beendet sein könnte, womit diese Differenz in den bilateralen Beziehungen keine langfristige Belastung mehr darstellen dürfte.

Die Experten des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit heben hervor, dass die neue politische Realität in Deutschland langfristig die konservative Ausrichtung Ungarns stärken könnte. Die Abkehr von einer ideologisch geprägten Regierungsführung in Berlin signalisiert nicht nur eine Normalisierung der deutsch-ungarischen Beziehungen, sondern könnte auch eine veränderte Machtbalance innerhalb der Europäischen Union zur Folge haben. Die Annäherung zwischen Berlin und Budapest in zentralen wirtschafts- und migrationspolitischen Fragen könnte zudem eine breitere Koalition konservativer Kräfte innerhalb Europas begünstigen.

Reform des Gesundheitssektors: Gehaltserhöhungen und Nachwuchsförderung als Schlüssel zur Sicherung der medizinischen Versorgung

Die jüngsten strukturellen Reformen des ungarischen Gesundheitswesens zeigen nach Angaben der Regierung nachhaltige Erfolge. Laut dem parlamentarischen Staatssekretär des Innenministeriums, Bence Rétvári, hat die sukzessive Anhebung der Ärztegehälter in den vergangenen Jahren maßgeblich dazu beigetragen, den medizinischen Nachwuchs im Land zu halten und eine demografische Verjüngung innerhalb der Ärzteschaft zu bewirken. Während es vor 2010 ein erhebliches Problem war, dass viele hochqualifizierte Mediziner ins Ausland abwanderten, hat sich dieser Trend mit der Einführung einer mehrstufigen Gehaltserhöhung ab 2020 umgekehrt. Aktuelle Statistiken belegen, dass die beiden größten Altersgruppen im ärztlichen Berufsstand mittlerweile die der unter 30-Jährigen, mit 5.261, und die der 30-34-Jährigen, mit 5.128 Mitgliedern, sind, was langfristig zur Sicherung der medizinischen Versorgung beiträgt. Die Alterskohorte der 40-44-Jährigen zum Vergleich umfasst lediglich 3.245 Ärzte. Besonders relevant ist dabei der Vergleich der Vergütung: Während das Einstiegsgehalt eines Arztes im Jahr 2010 noch bei 130.000 Forint (324 Euro) lag, beträgt es heute fast 700.000 Forint (1.700 Euro). Fachärzte mit 30-jähriger Berufserfahrung erhalten inzwischen über 2 Millionen Forint (5.000 Euro) Grundgehalt, eine signifikante Steigerung gegenüber den rund 230.000 Forint (570 Euro) aus dem Jahr 2010.

Ein entscheidender Schritt in der Reform war zudem die Abschaffung des Gratifikationssystems, welches über Jahrzehnte hinweg die Einkommensstruktur von Mediziner in Ungarn geprägt hatte. Diese Maßnahme war nicht nur ein Paradigmenwechsel in der Vergütungspolitik, sondern auch ein wesentlicher Anreiz für den Verbleib von Fachkräften im ungarischen Gesundheitssystem. Die Regierung verweist darauf, dass Ärzte in Ungarn mittlerweile das Vier- bis Fünffache des landesweiten Durchschnittseinkommens verdienen, was im europäischen Vergleich äußerst wettbewerbsfähig sei. Zum Vergleich: In Deutschland liegt das Ärztegehalt beim 3,3-Fachen des nationalen Durchschnitts, in Frankreich beim 2,3-Fachen.

Neben der finanziellen Attraktivität wurden umfassende Investitionen in die Infrastruktur des Gesundheitswesens vorgenommen. So wurden 91 Krankenhäuser und 100 Ambulanzstationen renoviert oder modernisiert, 50 Arztpraxen saniert und über 20 Neubauten errichtet. Darüber hinaus verfügt Ungarn mittlerweile über modernste chirurgische und robotergestützte Operationssysteme, die die Effizienz und Qualität der medizinischen Versorgung weiter verbessern.

Die Reformen haben nicht nur zur Steigerung der Ärztezahl beigetragen – mit einem Plus von 4.000 Mediziner seit 2010 –, sondern auch zur Schaffung von 8.000 zusätzlichen Stellen im

Gesundheitswesen. Dieser umfassende Transformationsprozess wird von der Regierung als langfristige Absicherung der öffentlichen Gesundheitsversorgung gesehen.

Rákosrendező als politischer Zankapfel: Budapests strategisches Dilemma zwischen Stadtentwicklung und Regierungsinteressen

Der Kauf des ehemaligen Bahngeländes Rákosrendező durch die Stadt Budapest hat sich zu einem politischen Konfliktfeld zwischen der Hauptstadt und der ungarischen Regierung entwickelt. Während die Stadtführung den Erwerb als Erfolg in der Wahrung städtischer Entwicklungsinteressen darstellt, sieht sich Budapest mit erheblichen infrastrukturellen und finanziellen Herausforderungen konfrontiert. Die Regierung unter Viktor Orbán scheint sich aus den ursprünglich zugesagten Infrastrukturmaßnahmen zurückzuziehen, wodurch die Realisierung des von Bürgermeister Gergely Karácsony geplanten „Park City“-Wohnbauprojekts massiv gefährdet wird.

Ursprünglich war das Areal ein bedeutender Eisenbahnknotenpunkt, der jedoch im Laufe der Jahrzehnte verfiel und brachlag. Im November 2023 erwarb der in Abu Dhabi ansässige Entwickler Eagle Hills Properties das 85 Hektar große Gelände für 128 Millionen US-Dollar, mit dem Plan, ein 5 Milliarden Euro teures Projekt namens "Grand Budapest" zu realisieren. Dieses Vorhaben, das in der Öffentlichkeit als "Mini-Dubai" bekannt wurde, sah die Errichtung von Wolkenkratzern vor, die höher als das Empire State Building sein sollten. Dieses Projekt stieß jedoch auf erheblichen Widerstand seitens der Stadtverwaltung und der Bevölkerung, die Bedenken hinsichtlich der städtebaulichen Integration und der kulturellen Identität äußerten. Infolgedessen beschloss die Stadt Budapest, ihr Vorkaufsrecht auszuüben, um die Kontrolle über die Entwicklung des Gebiets zu sichern und eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Nutzung zu gewährleisten. Dies wurde nun von der ungarischen Regierung zur Kenntnis genommen.

Die Bürgermeisterin des IX. Distrikts, Krisztina Baranyi, warnte nun, dass Budapest ohne staatliche Investitionen in die Verkehrsanbindung und Flächensanierung langfristig nicht in der Lage sein werde, das Areal zu entwickeln. Ohne die zugesagte Verlängerung der U-Bahnlinie M1, den Bau einer Überführung und den Ausbau des Schienennetzes sei das Projekt kaum realisierbar. Budapest drohe daher, auf den hohen Kosten für das Areal sitzenzubleiben, während die Regierung durch ihre passive Haltung eine Blockade der Stadtentwicklung provoziere.

Ein weiteres Spannungsfeld betrifft die Finanzierung des Erwerbs. Dávid Vitézy, Vorsitzender der Podmaniczky-Bewegung, argumentierte, dass Budapest über die Mittel aus dem städtischen Abfallwirtschaftsunternehmen BKM – insbesondere aus einer Zahlung der MOHU, einer Tochtergesellschaft des Öl- und Gaskonzerns MOL – die notwendigen finanziellen Ressourcen habe. Diese Behauptung wurde jedoch von MOHU umgehend dementiert: Das Unternehmen stellte klar, dass die Einnahmen aus der Abfallwirtschaft nicht für den Erwerb von Rákosrendező genutzt werden könnten, da sie zweckgebunden seien. Damit bleiben Finanzierungslücken bestehen, die Budapest vor zusätzliche fiskalische Unsicherheiten stellen.

Aus Reihen der städtischen Opposition wurde der Kauf als strategische Fehlentscheidung kritisiert und vor einer finanziellen Überlastung der Stadt gewarnt. Alexandra Szentkirályi, Vorsitzende der Budapester Fidesz, betonte, dass die Hauptstadt mit dem Erwerb des belasteten

Geländes hohe Verpflichtungen eingehe, ohne eine gesicherte Perspektive für dessen Entwicklung zu haben.

Gergely Karácsony wiederum hält die Regierung an ihre Verpflichtungen und verweist auf eine mit Zweidrittelmehrheit verabschiedete gesetzliche Zusage über Verkehrsinvestitionen im Umfang von 320 Milliarden Forint. Laut Kaufvertrag sind Regierung und Stadtverwaltung verpflichtet, sich innerhalb von sechs Monaten über einen Masterplan und einen Zeitrahmen für die notwendigen Infrastrukturmaßnahmen zu einigen. Die Weigerung der Regierung, diese Investitionen umzusetzen, interpretiert Karácsony als gezielten Rückzug aus den Entwicklungsverpflichtungen, um die Stadtregierung in eine finanzielle und politische Zwangslage zu bringen.

Die Zukunft von Rákosrendező hängt maßgeblich von der Klärung der Schieneninfrastruktur ab. Bürgermeister Karácsony betonte, dass eine Einigung mit der staatlichen Eisenbahngesellschaft MAV über die Nutzung der Flächen und die notwendige Anpassung des Bahnbetriebs essenziell sei. Ohne eine klare Regelung über die zukünftige Nutzung des Areals und eine gesicherte staatliche Unterstützung für Infrastrukturmaßnahmen droht das Projekt in einer finanziellen Sackgasse zu enden.

Neues aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Erneuerbare Energien – Verdopplung der Geothermie bis 2030 geplant

Mit der *Nemzeti Földhő Stratégia* setzt Ungarn auf eine signifikante Ausweitung der geothermischen Energie, um die Importabhängigkeit zu senken und stabile Energiepreise zu sichern. Bis 2030 soll der Anteil geothermischer Energie an der Wärmeerzeugung auf bis zu 30 % steigen, wodurch bis zu 1,2 Milliarden Kubikmeter Erdgas ersetzt werden könnten.

Zur Umsetzung stellt die Regierung 165 Milliarden Forint bereit, unter anderem für Forschungsförderung, Infrastrukturentwicklung und ein geothermisches Investitionskreditprogramm. Regulatorische Reformen und gezielte Investitionsanreize, etwa aus dem *Klíma- és Természetvédelmi Akcióterv*, sollen die Skalierung der Branche beschleunigen. Ungarn positioniert sich damit als Vorreiter der geothermischen Energienutzung in Europa und fördert zugleich die heimische Wertschöpfung in der Energiewirtschaft.

Ungarns Tor in die Welt - Ausbau des ungarischen Adriahafens begonnen

Mit dem Bau eines eigenen Hafens in Triest vollzieht Ungarn einen historischen Schritt zur Stärkung seiner außenwirtschaftlichen Unabhängigkeit. Nach über hundert Jahren erhält das Land wieder direkten Zugang zur Adria, wodurch die strukturelle Abhängigkeit von Drittstaaten in der maritimen Logistik reduziert wird. Die 2019 eingeleitete Übernahme des Hafengeländes wurde 2020 abgeschlossen, und die Bauarbeiten begannen 2025.

Das Infrastrukturprojekt umfasst eine 650 Meter lange Anlegestelle sowie ein 30 Hektar großes Logistikzentrum, das als Drehkreuz für den ungarischen Außenhandel fungieren soll. Die vollständige Inbetriebnahme ist für 2028 vorgesehen, wobei ungarische Unternehmen bereits ab 2026 erste Kapazitäten nutzen können. Ungarn exportiert jährlich Waren im Wert von 60.000 Milliarden Forint, von denen ein erheblicher Teil per Seeverkehr transportiert wird.

Durch die eigene Hafeninfrastruktur sollen Exportprozesse optimiert, Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Integration in globale Lieferketten erleichtert werden.

In Zusammenarbeit mit der italienischen Regierung, insbesondere mit dem Infrastrukturministerium, soll der Hafen nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch strategischen Mehrwert generieren.

Industriestadt gewinnt 800 Jobs

Der chinesische Baumaschinenhersteller Zoomlion investiert 100 Millionen Euro in den Aufbau eines neuen Produktionswerks für Hebebühnen in Tatabánya, Ungarn. Dieses Vorhaben wird etwa 800 neue Arbeitsplätze schaffen und die lokale Wirtschaft stärken. Die Entscheidung für diesen Standort unterstreicht die Attraktivität Ungarns für ausländische Direktinvestitionen, insbesondere aus China, das derzeit 44% seiner europäischen Auslandsinvestitionen in Ungarn tätigt. Die ungarische Regierung unterstützt diese Entwicklung, um die industrielle Diversifizierung und wirtschaftliche Resilienz des Landes zu fördern.

Kampf gegen Rassismus

Am 23. Februar 2025 erinnerte die Stadt Budapest gemeinsam mit Roma-Organisationen an die rassistisch motivierten Morde von 2008/09, bei denen sechs Roma durch Neonazis getötet wurden. Oberbürgermeister Gergely Karácsony betonte auf der Gedenkveranstaltung im Rathauspark die Bedeutung des Schutzes von Minderheitenrechten für die Freiheit aller Bürger. Béla Rác von der Roma-Gedenkcommission kritisierte die irreführende Bezeichnung "Roma-Morde" und hob hervor, dass es sich um rassistische Terroranschläge handelte. Die Budapester Bürgerschaft hatte bereits 2024 den 23. Februar zum offiziellen Gedenktag erklärt, um an die feigen Angriffe zu erinnern und ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen. Die damalige Untätigkeit der Geheimdienste unter der Gyurcsány-Regierung wurde ebenfalls thematisiert, während die Täter inzwischen zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt wurden.

Fraktionsstatus passé

Die grün-alternative Partei *Lehet Más a Politika* (LMP) hat ihren Fraktionsstatus im ungarischen Parlament verloren, nachdem die Anzahl ihrer Abgeordneten unter die erforderliche Mindestanzahl von fünf gesunken ist. Der jüngste Austritt von Antal Csárdi, der sowohl die Partei als auch die Fraktion verließ, führte zu diesem Verlust. Csárdi begründete seinen Austritt mit dem Vorwurf, der Fraktionsvorsitzende Péter Ungár habe vor den Kommunalwahlen geheime Absprachen mit dem Fidesz-Politiker Antal Rogán getroffen. Zuvor hatten bereits mehrere führende Mitglieder die LMP verlassen, oft mit der Begründung, die Partei habe ihren umweltpolitischen Fokus verloren. Die verbleibenden vier LMP-Abgeordneten werden nun als fraktionslose Parlamentarier agieren.

Gerichtsaufakt

In Budapest hat der Prozess gegen einen deutschen linksextremen Aktivisten begonnen, dem die ungarischen Behörden vorwerfen, an gewalttätigen Angriffen gegen politische Gegner beteiligt gewesen zu sein. Der Angeklagte, der mutmaßlich Verbindungen zur linksextremen „Antifa“-Szene hat, soll an mehreren physischen Übergriffen auf konservative Demonstranten beteiligt gewesen sein. Die ungarische Staatsanwaltschaft sieht in diesem Verfahren ein Präzedenzbeispiel für die Bekämpfung grenzüberschreitender politisch motivierter Gewalt.

Die ungarische Regierung betont, dass der Fall die Notwendigkeit verstärkter europäischer Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit unterstreiche. Insbesondere sollen Mechanismen zur effektiveren Verfolgung extremistischer Gruppen auf internationaler Ebene diskutiert werden. Während die ungarische Justiz eine konsequente strafrechtliche Aufarbeitung anstrebt, kritisieren Menschenrechtsorganisationen eine mögliche Politisierung des Verfahrens.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Ausschreibung für ein Junior Visiting Fellowship

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt ab sofort **neue Stipendien als Junior Visiting Fellow** an interessierte **junge Wissenschaftler bis 35 Jahre aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir eine mehrmonatige Fellowship in einem internationalen Arbeitsumfeld mit **geisteswissenschaftlichem Fachbezug** und deutschsprachigem Team, inkl. An- und Abreise, Krankenversicherung, monatlichem Stipendium, Arbeitsplatz, Reisemöglichkeiten und Teilnahme an Veranstaltungen und internationalen Konferenzen, uvm. Dabei legen wir Wert auf einen professionellen und familienfreundlichen Ansatz. Genaue Details zur Stipendiums ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Am **10. Februar 2025** eröffnete das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit offiziell sein Veranstaltungsjahr 2025 mit einem Abendvortrag von **Prof. Dr. Helmuth KIESEL**, Professor Emeritus für Neuere Deutsche Literatur am Germanistischen Seminar der Universität Heidelberg. Die Veranstaltung mit dem Titel „**Ernst Jünger und seine Zeit**“ wurde am MCC Budapest ausgerichtet und von **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der TU Chemnitz, moderiert. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Am Tag der Bundestagswahlen, dem **23. Februar 2025**, veranstaltete das Deutsch-Ungarische Institut einen Wahlabend, im **MCC Scruton und Hunyadi Mátyás Saal in Budapest** in Kooperation mit **Mandiner**. In der ersten Podiumsdiskussion der Wahlnacht bewerteten führende politische Analysten und Experten das Vorfeld der Bundestagswahl in Deutschland und die den Wahlkampf beherrschenden Themen. In der zweiten Podiumsdiskussion wurden die ersten Ergebnisse der Exit-Polls besprochen und ausgewertet. Moderiert wurde die erste Podiumsdiskussion von **Boris KÁLNOKY**, Journalist, politischer Kommentator und Leiter der MCC-Medienschule. Teilnehmer waren **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, **Zoltán KISZELLY**, Leiter der Politischen Analyse der Századvég Stiftung, **Dr. Géza SEBESTYÉN**, Experte für Wirtschaftspolitik und Leiter der

MCC-Schule für Wirtschaftspolitik und **Enikő GYÖRKÖS**, Expertin für internationale Beziehungen am Zentrum für Grundrechte. Die Teilnehmer der zweiten Podiumsdiskussion des Wahlabends waren **Bence BAUER**, Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, **Dr. Ágoston Sámuel MRÁZ**, Direktor des Nézőpont-Instituts, **Boris KÁLNOKY**, Leiter der MCC-Medienschule sowie als Moderator **Tamás FONAY**, Forscher am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit. Einen umfassenden Bericht finden Sie auf unserer Webseite unter dem folgenden [Link](#).

Ebenfalls am **23. Februar 2025** fand eine Parallelveranstaltung samt Live-Übertragung am MCC-Bildungszentrum in Pécs statt. Die Gäste waren **Péter DOBROWIECKI**, Forschungsleiter am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit, **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL**, Professor für Europäische Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts an der Technischen Universität Chemnitz, **Prof. Dr. Michael SOMMER**, Professor für Alte Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität in Oldenburg, und **Frank SPENGLER**, Berater des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit. Moderiert wurde die Veranstaltung von **Kinga DÖRSTELMANN-FODOR**, stellvertretende Direktorin des Deutsch-Ungarischen Instituts. Den Bericht zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Bevorstehende Veranstaltungen

Deutschland wählt! Mit dem Sturz der von Olaf Scholz geführten Bundesregierung im November 2024 steht Deutschland an der Schwelle zu einer neuen politischen Ära: Am **23. Februar 2025** finden nach 20 Jahren erstmals vorgezogene **Bundestagswahlen** statt, deren Ausgang auch für Europa von entscheidender Bedeutung sein könnte. Die Parteien der Ampelkoalition aus Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen haben während der dreijährigen Kanzlerschaft von Olaf Scholz stark an Popularität verloren. Was hat zum Sturz der deutschen Regierung geführt? Welchen Parteien werden die deutschen Wähler ihr Vertrauen aussprechen? Wird es in Deutschland einen Rechtsruck geben oder wird eine neue politische Kraft mit einer anderen sozialen und wirtschaftlichen Ausrichtung entstehen?

Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit wird anlässlich der Wahlen eine Wahltournee unter dem Titel „**Politische Wende in Deutschland. Wer wird der neue Kanzler Deutschlands?**“ durch ganz Ungarn veranstalten. Den Auftakt der Vortragsreihe bildete ein **Wahlabend samt Live-Übertragung** am Wahlsonntag, dem **23. Februar 2025**, im **MCC Scruton und Hunyadi Mátyás Saal in Budapest** in Kooperation mit **Mandiner** sowie eine Parallelveranstaltung am MCC-Bildungszentrum in Pécs.

Anschließend wird das Expertenteam des Deutsch-Ungarischen Instituts samt seinen deutschen Fachgästen* **zwischen dem 25. Februar 2025 und dem 25. März 2025** durch **16 Städte in Ungarn und den Nachbarländern** touren, um die **Ergebnisse der deutschen Bundestagswahlen** sowie Folgen und Prognosen zu besprechen und einzuordnen. Die einzelnen Veranstaltungsdaten und -orte entnehmen Sie der folgenden Grafik. [Registramöglichkeiten](#) zu den einzelnen Terminen finden Sie auf der Webseite des jeweiligen MCC-Bildungszentrums.

2025.02.25. <i>MCC Nyíregyháza</i>	2025.03.04. <i>MCC Zalaegerszeg</i>
2025.02.26. <i>MCC Veszprém</i>	2025.03.05. <i>MCC Szekszárd</i>
2025.02.26. <i>MCC Szeged</i>	2025.03.05. <i>MCC Szombathely</i>
2025.02.26. <i>MCC Miskolc</i>	2025.03.06. <i>MCC Győr</i>
2025.02.27. <i>MCC Debrecen</i>	2025.03.11. <i>MCC Eger</i>
2025.03.03. <i>MCC Dunaszerdahely</i>	2025.03.12. <i>MCC Békéscsaba</i>
2025.03.04. <i>MCC Szolnok</i>	2025.03.13. <i>MCC Szabadka</i>
2025.03.04. <i>MCC Kecskemét</i>	2025.03.25. <i>MCC Székesfehérvár</i>

*Das Expertenteam besteht aus **Dr. Gerhard PAPKE** (Nyíregyháza, Veszprém), **Frank SPENGLER** (Pécs, Szeged, Debrecen), **Prof. Dr. Zsolt K. LENGYEL** (Miskolc), **Prof. Dr. Oliver W. LEMBCKE** (Dunaszerdahely, Szolnok, Kecskemét, Szekszárd), **Prof. Dr. Michael SOMMER** (Pécs, Zalaegerszeg, Szombathely, Győr), **Alexander EIBER** (Győr), **Prof. Dr. Frank-Lothar KROLL** (Pécs, Eger, Békéscsaba, Szabadka) und **Bence BAUER** (Győr, Eger, Szabadka, Székesfehérvár).

Am **5. März 2025** findet ein Abendvortrag von **Alexander EIBER**, Politikwissenschaftler und ehemaliger Leiter der Politischen Akademie der CSU, statt. Die Veranstaltung mit dem Titel **„Konservatismus in Deutschland. Ideen, Irrwege und Perspektiven“** wird im **MCC Budapest** stattfinden. Im Anschluss wird es eine Podiumsdiskussion geben. Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie in Bälde auf der Webseite des **DUI**.

Veröffentlichungen

Am **6. Februar 2025** erschien in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung** der Artikel **„Ein zweites Stalingrad“** von **Péter DOBROWIECKI**, Forschungsdirektor am Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit. Der Artikel beleuchtet die historischen Ereignisse rund um den im Desaster endenden Ausbruch deutscher und ungarischer Verbände aus der Budaer Burg im Februar 1945, sowie die unangemessenen Bestrebungen von links- und rechtsextremistischen Gruppierungen den Tag für die eigenen politischen Narrative zu instrumentalisieren. Den vollständigen Artikel finden Sie auf unserer Webseite unter dem folgenden [Link](#).

In dem am **24. Februar 2025** bei **Ungarn Heute** erschienenen Artikel **„Der Wahlsieg der CDU/CSU wird die Beziehungen zwischen Deutschland und Ungarn verändern“** analysieren und kommentieren Direktor **Bence BAUER**, stellvertretende Direktorin **Kinga DÖRSTELMANN-FODOR** und Analyst **David LUTHER** des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit die potenziellen Auswirkungen des Wahlergebnisses auf die Deutsch-Ungarischen Beziehungen. Den Artikel erreichen Sie unter dem folgenden [Link](#).

Buchveröffentlichung: Das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium (MCC) ist stolz, den **zweiten Band** seiner **Reihe „Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung“** vorstellen zu können. Der zweite Band der Reihe mit dem Titel **„Ungarische Wegmarken“** versammelt eine Auswahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen der Institutsmitarbeiter. Das Themenspektrum umfasst die wichtigsten Politikfelder der Sozial-, Wirtschafts- und Außenpolitik, behandelt Fragen der ungarischen

Kultur, Geschichte und Gesellschaft und richtet den Blick, nicht zuletzt, auf die Beziehungen des Landes zu seinen europäischen Nachbarn in West und Ost. „Ungarische Wegmarken“ ist im **Dezember 2024** beim [Verlag MCC Press](#) erschienen. Das Buch ist bald auf Amazon, Apple Books und Google Play als E-Book verfügbar

Bence Bauer – Frank-Lothar Kroll (Hrsg.):
Ungarische Wegmarken:
Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung, Band 2.

Seit seiner Gründung im Dezember 2020 am Mathias Corvinus Collegium in Budapest verfolgt das Deutsch-Ungarische Institut für Europäische Zusammenarbeit das Ziel, den Dialog und Austausch zwischen Deutschland und Ungarn zu fördern. Der zweite Band der Reihe „Beiträge zur deutsch-ungarischen Verständigung“ versammelt wissenschaftliche Beiträge, die zentrale Fragen des deutsch-ungarischen Verhältnisses beleuchten und die bilateralen Beziehungen im europäischen Kontext verorten.



Bence Bauer – Frank-Lothar Kroll (Hrsg.): Ungarische Wegmarken,
MCC Press 2024, Paperback, 296 Seiten, 15.00 €, ISBN: 9789636441029

Besuchstipp



Thermalbad Szentes – Quelle: Szentes.hu

Wer im Sommer bereits das „ungarische Meer“, also den Plattensee besucht hat, sollte sich für die kalte Jahreszeit schon einmal den Besuch der ungarischen Thermalbäder vormerken. Mehr als 1.300 Thermalwasserquellen zählt das Land, davon über 120 allein in Budapest. Wer einmal abseits der ausgetretenen Pfade der weltbekannten Budapester Stadtbäder Széchenyi und Gellért wandeln möchte, kann im südlichen Teil der Großen Ungarischen Tiefebene, fündig werden. Das Städtchen Szentes, gelegen am kleinen Fluss Kurca, besitzt ein eigenes Thermalbad und beherbergt zahlreiche Gotteshäuser unterschiedlicher Religionen und Konfessionen, darunter eine Synagoge, eine griechisch-katholische Kirche sowie reformierte und katholische Gotteshäuser – Zeugnisse der ethnischen und konfessionellen Vielfalt der Region. Die Stadt und seine Umgebung sind zudem einer der offiziellen Kurorte des Landes.

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständige Mitarbeiter: Tristan Csaplár, David Luther

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu